

HOCHSCHULSPIEGEL

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE KARL-MARX-STADT

Nr. 4

Februar 1968

Preis 10 Pfennig

In dieser Ausgabe

Seite 2:
Mitarbeiter und Studenten
zum Entwurf einer neuen,
sozialistischen Verfassung

Seite 3:
Neue Phase im Kampf der
spanischen Studenten



Das Volk hat das Wort

der Hochschule bestimmen werden. Die gegenwärtige Zahl der Studenten wird in den nächsten Jahren durchschnittlich um 1500 steigen. Das geplante und begonnene Baugeschehen an der Reichenhainer Straße beweist, daß an der Realisierung dieser Maßnahmen planmäßig gearbeitet wird.

Die neue Verfassung wird uns die Richtung weisen, damit wir auf dem bewährten gemeinsamen Weg weiter voranzutreten können.

Entwurf der neuen Verfassung:

Ein Manifest des Friedens und des Sozialismus

Von Gen. Dipl.-Staatswissenschaftler Horst Sehm

Verfassungsfragen markieren, wie ihre Geschichte in Deutschland nennenswert ist, Einschnitte und Wendepunkte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess. Eine Verfassung fixiert den erreichten Stand eines Gesellschaftssystems, analysiert die Kräfteverhältnisse und ökonomischen Machtverhältnisse, bestimmt damit die Beziehungen zwischen den sozialen Klassen und Schichten. Will eine Verfassung ihre historische Bewährungsprobe bestehen, muß sie dynamisch angelegt, die progressive, auf der Grundlage der objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten erfolgende Entwicklung der Gesellschaft nicht nur gestatten, sondern stimulieren. Dazu gehört, daß sich die Verfassungswirklichkeit in Übereinstimmung mit dem Verfassungstext befindet und nicht, wie die preußische Verfassung von 1849/50, die Reichsverfassung von 1871, die Weimarer Verfassung von 1919 und die westdeutsche Grundgesetz von 1949 in tiefem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen.

Der Entwurf der sozialistischen Verfassung der DDR ist Ausdruck unserer kontinuierlichen Politik unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Einheitspartei Deutschlands.

Heute, nachdem wir mehr als 20 Jahre systematisch die Voraussetzungen und reellen Bedingungen für den vollständigen Sieg des Sozialismus in der DDR geschaffen haben, nachdem der VII. Parteitag der SED die Prognose unserer gesellschaftlichen Entwicklung bis 1980 bestätigt hat, ist die Zeit reif und ist es gesetzmäßig erforderlich, den planmäßigen Übergang von der Verfassung des Jahres 1949 zur sozialistischen Verfassung der DDR zu vollziehen. Dieser Entwicklungsprozess ist Ausdruck der Kontinuität unserer gemeinsamen Politik, der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Staatsführung der DDR wissenschaftlich geleitet wird.

Die Angehörigen der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt können an der Entwicklung unserer Hochschule verfolgen, wie sie selbst beigetragen haben, die Grundlagen für eine neue, sozialistische Verfassung zu schaffen.

Der Arbeiter-und-Bauern-Macht blieb es vorbehalten, 1953 die Hochschule für Maschinenbau zu eröffnen. Sie nahm in den folgenden Jahren im Bildungswesen und der Zahl der Wissenschaftler, Mitarbeiter und Studenten einen stetigen Aufstieg. Unsere erfolgreiche

Arbeit wurde 1963 von der Regierung der DDR mit der Verleihung des Status einer Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt gewürdigt. Ihre internationale Anerkennung fand unsere Hochschule offiziell 1966, als sie durch einen Bescheid des Verwaltungsrates der Internationalen Vereinigung der Universitäten (International Association of Universities) in Tokio tagend, als Mitglied dieser Organisation aufgenommen wurde.

Dieser Weg war verbunden mit der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs, der Erziehung und Selbsterziehung der Studenten und aller Hochschulangehörigen vor allem durch die Vermittlung des Marxismus-Leninismus, der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, und der erfolgreichen Arbeit von Wissenschaftlern, Mitarbeitern und Studenten.

Die soziale Bedeutung unserer Vortragsentwicklung kommt in den Worten einer jungen Studentin zum Ausdruck: „Als einer Arbeitertumme stammend, wäre es mir wohl unter kapitalistischen Verhältnissen niemals möglich gewesen, den Weg zu beschreiten, den ich in unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung gehen kann.“ Darin widerspiegeln sich die sozialökonomischen Veränderungen und das gewandelte Denken und Handeln der Bürger unserer Republik. Es beweist, daß wir gegenüber Westdeutschland zwei gesellschaftliche Entwicklungsetappen voraus sind. Haben wir nicht allen Grund, auf das von uns selbst Erreichte stolz zu sein?

Erwidertes wird oft als Selbstverständlichkeit betrachtet. Uns erwacht jedoch die Pflicht, uns aus den Artikeln 18 bis 20 des Verfassungsentwurfes ersichtlich, zur weiteren aktiven Arbeit bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus beizutragen; denn Rechte und Pflichten bedingen einander.

Ein Wesenszug des Verfassungsentwurfes besteht darin, daß bei allen Fragen von prognostischer Sicht herangezogen wird. Welche Rolle unsere Technische Hochschule bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus spielen wird, geht u. a. daraus hervor, daß die Ausbildung auf den volkswirtschaftlich entscheidenden Gebieten der Elektrotechnik, der elektronischen Datenverarbeitung, der Verarbeitungs- und Fertigungstechnik sowie der Lehrerausbildung das zukünftige Profil

Worin besteht der sozialistische Wesensinhalt des Verfassungsentwurfes?

1. Die politische, wirtschaftliche und staatliche Macht des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse ist erstmalig und für immer auf deutschem Boden verfassungsmäßig verankert.

2. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, die sozialistischen Produktionsverhältnisse, auf deren Grundlage die erniedrigende Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, bilden unantastbare Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung.

3. Die sozialistische Demokratie wird auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens systematisch ausgebaut.

4. Es besteht volle Übereinstimmung zwischen Verfassungstext, Verfassungswirklichkeit und dem gesellschaftlichen Fortschritt.

5. Diese Verfassung bestimmt eine dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik als einen Grundsatz der Staatspolitik.

6. Diese Verfassung sanktioniert und definiert die DDR als sozialistischen Staat deutscher Nation. Damit modernisiert sie das Leitbild für den zukünftigen, einheitlichen deutschen Nationalstaat, den wir schrittweise, auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus erstreben.

7. Auftraggeber für diese Verfassung ist das Volk, durch seine Arbeitsergebnisse wurde sie erforderlich, das Volk wird sie auch verwirklichen.

In unserer Gesellschaftsordnung, die frei von antagonistischen Klassenwidersprüchen ist, stimmen die persönlichen Interessen des einzelnen mit denen der Gesellschaft - objektiv - vollständig überein. Immer besser werden die Voraussetzungen geschaffen, daß jeder Bürger ständig aufklarer mitwirken, mitarbeiten und mitgestalten kann.

Alle Hochschulangehörigen haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich an der breiten Volksauskunft zum Entwurf der sozialistischen Verfassung der DDR zu beteiligen. Meinungen und Vorschläge einbringen. Denn diese Verfassung wird für Jahrzehnte der Grundgesetz unserer - staatlich-gesellschaftlichen Entwicklung sein.

Wenn wir gemeinsam, auf den erreichten Erfolgen unserer Arbeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufbauend, die komplizierten vom VII. Parteitag der SED beschlossenen Aufgaben zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus meistern, befinden wir uns in voller Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Fortschritt. Für dieses Ziel lohnt es sich, unsere ganze Kraft einzusetzen. Durch unsere eigene Arbeit haben wir die Verfassung von 1949 verwirklicht. Sie wird im besten Sinne des Wortes in einer neuen, sozialistischen Verfassung historisch aufgehoben werden. Wir können deshalb mit Stolz feststellen, Bürger des sozialistischen Staates deutscher Nation zu sein.

Parteiwahlen 1968

Die Arbeit der Parteigruppe muß im gesamten Institut spürbar werden

Der 15. Februar 1968 stellt einen Höhepunkt in der Arbeit der Parteigruppe des Instituts für Technologie des Maschinenbaus dar. Auf der Grundlage des Briefes Walter Ulbrichts zu den Parteiwahlen wird Rechenschaft gelegt, werden Grundfragen kritisch diskutiert, werden die Aufgabenschwerpunkte für die kommende Wahlperiode beraten.

Der Parteigruppenorganisator, Genosse Dr. Pursche, gibt den Rechen-

schaftsbericht. Darin werden - ausgehend von der politischen Lage und den spezifischen Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution - die wichtigsten Aufgaben nochmals begründet und danach ihre Erfüllung konkret eingeschätzt.

Zur Aufgabe der ständigen politischen und fachlichen Qualifizierung muß kritisch festgestellt werden, daß speziell auf dem Gebiet der ökonomischen Weiterbildung die Anstren-



gungen wesentlich verstärkt werden müssen. So erfordert beispielsweise die Planung umfangreicher Forschungsaufgaben die Anwendung moderner Planungsmethoden. Einen Schwerpunkt bilden dann Probleme der Parteiarbeit und des kämpferischen Auftretens der Genossen gegenüber Schlemdriem und Spießbüchse.

Am Beispiel der Lage im Versuchsfeld des Instituts für Technologie des Maschinenbaus kann nachgewiesen werden, daß unter Führung von Genossen der Parteigruppe in enger Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer Parteien und Parteiblätern wichtige Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit gemacht und durchgesetzt werden. Die Diskussion zeigt deutlich, daß ohne kämpferische Auseinandersetzungen echte Fortschritte nicht möglich sind. Diese Feststellung beschränkt sich natürlich nicht nur auf fachlich-organisatorische Probleme. Wir wissen, daß gegenwärtig zwischen den beiden Weltlagern ein zugespitzter politischer Klassenkampf im Gange ist. Und deshalb darf niemand gleichgültig in den Tag hineinleben. Darauf wies Genosse Walter Ulbricht in seinem Brief an die Grundorganisationen besonders eindringlich hin. Für jeden Genossen ergibt sich daraus die sehr wichtige Aufgabe, mit aller Energie gegen Einflüsse der feindlichen Ideologie zu kämpfen.

Im Rechenschaftsbericht werden dann wichtige Probleme der Lehre und Erziehung sowie der Forschung behandelt. Davon ausgehend, entwickelt sich in der Diskussion ein sehr reger Gedankenaustausch zur Selbsterziehung. Ein hiesiger Frau-Nebel und Dipl.-Ing. Schlödt begründen ausführlich, daß die Parteigruppe ohne Zeitverluste wesentlich stärker als bisher Einfluß auf den konkreten Inhalt der Sektionsbildung nehmen muß. Ein entsprechender Be-

Die Förderung der Frau ist eine gesellschaftliche Aufgabe

„Erstmalig in der deutschen Geschichte wurde mit der Befreiung der Frau jahrhundertlanges Unrecht ausge-

Mittels der Sozialismus allein diese Tat vollbringt, es reicht aus, seine historische Überlegenheit zu beweisen. Diese Befreiung ist gegenüber der Hälfte der Bevölkerung drückt unantastbar den demokratischen und menschlichen Charakter des Sozialismus aus.“

Diese Worte unseres Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zur Begründung des Entwurfs der neuen Verfassung der DDR vor der 7. Tagung unserer Volkskammer machen uns in diesen Tagen nochmals besonders deutlich, welche bedeutenden Fortschritte das Volk der DDR auch auf diesem Gebiet erzielt hat. Wenn wir in bezug auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft, in der Erziehung aller Menschen zur Achtung vor der Frau und in der Einbeziehung der Frauen und Mädchen in die gesellschaftliche und produktive Tätigkeit in einer historisch kurzen Zeitspanne aufzuweisen haben, dann verdienen wir das neben der klugen und weitsichtigen Politik von Partei und Regierung vor allem auch der hochwürdigen Mitarbeit der Frauen und Mädchen selbst.

Mitte des vorigen Jahres führten wir an der Hochschule eine Konferenz mit den aktiven Frauen und Mädchen aus allen Bereichen durch und verabschiedeten dort den „Perspektivenplan der Frauenförderung bis zum Jahre 1970 für die TH Karl-Marx-Stadt“. Demals erklärte der Rektor, Gen. Prof. Dr. Jäckel u. a.: „Wir erwarten von allen sozialistischen Leibern, daß sie in ihrem Bereich in einer gründlichen Auswertung dieser Konferenz Maßnahmen einleiten, die eine echte Hilfe bei der Durchsetzung

der Gleichberechtigung an der Hochschule darstellen.“

Eine kurze Einschätzung der Arbeit auf diesem Gebiet zum heutigen Zeitpunkt zeigt uns leider, daß wir z. B. im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht vorangekommen sind. Der Anteil der Frauen und Mädchen hat sich dort kaum erhöht. Da wir den Anteil weiblicher Studierender und weiblicher Aspiranten dagegen erhöhen können, haben wir uns doch eine günstige Ausgangslage geschaffen, die nun von den staatlichen Leitern zur selbständigen Kaderpolitik genutzt werden muß.

Die vor allem in den Sektionen in den nächsten Wochen zu erarbeitenden Kaderentwicklungspläne und die gemeinsamen Arbeitsprogramme der Institute sollte dazu konkrete Maßnahmen festlegen. Hinweise hierzu hat der Frauenausschuß der TH genügend gegeben. Sie dürfen nur nicht länger ignoriert werden. Ich darf hier noch einmal Genossen Walter Ulbricht zitieren, der in der schon-erwähnten Rede vor der Volkskammer ausführte: „Um so wichtiger ist es, auch künftig alle noch bestehenden objektiven und subjektiven Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die die Realisierung der gesellschaftlichen Gleichberechtigung im Leben noch erschweren. Wir sind uns bewußt, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht nur eine Frage der gesetzlichen Ordnung ist. Sie trägt auch zur Bewußtseinsentwicklung der Männer bei.“

Genau die gegenwärtige Diskussion des Entwurfs der neuen sozialistischen Verfassung gibt uns Gelegenheit, über die mit der Realisierung der Gleichberechtigung auftretenden Probleme, in den Gewerkschaftsgruppen zu sprechen, um den staatlichen Leitern zu helfen, konkrete kontrollierbare Festlegungen zu treffen. So können wir den größten Beitrag leisten bei der Durchsetzung der Prinzipien unseres Verfassungsentwurfes, in dem es in Artikel 19, Absatz 2 heißt: „Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.“

Dipl. rer. pol. Eberhard Müller
Mitglied der HPL und
Leiter der Abteilung Kader

Herzlichen Glückwunsch zum 8. März

Der Akademische Senat, die Hochschulparteileitung, die Hochschulgewerkschaftsleitung und die HPL der FDJ sprechen allen Frauen und Mädchen unserer Technischen Hochschule zum Internationalen Frauentag Dank und Anerkennung für ihre bisher geleistete Arbeit aus. Wir können mit Stolz feststellen, daß in der wissenschaftlichen Arbeit, in der Verwaltung und beim Studium unsere Frauen tätigkeitsbewiesen, daß die Gleichberechtigung der Frau eine der größten historischen Leistungen der Deutschen Demokratischen Republik ist.

Mit dieser Würdigung verbindet sich aber auch die Verpflichtung, die Förderung der Frau als staatliche und gesellschaftliche Aufgabe konsequent fortzusetzen. Entsprechend dem Frauenförderungsplan an der Technischen Hochschule gilt es, zu einer langfristigen Planung in der Entwicklung der Frauen überzugehen. Es geht jetzt darum, mehr Mädchen für die volkswirtschaftlich wichtigen Fachrichtungen zum Studium zu gewinnen, stärker die Frauen als wissenschaftliche Nachwuchskader zu fördern und zum Hochschullehrer zu entwickeln und die Mitarbeiterinnen in den nichtwissenschaftlichen Bereichen weit mehr in mittlere und leitende Funktionen einzubeziehen.

Wir wünschen allen Frauen Gesundheit und Schaffenskraft und viele Erfolge im persönlichen und beruflichen Leben.